

Wohnten Mörder nebenan?

Nazis könnten eine Wohnung in Nürnberg gemietet haben

VON HERBERT FUEHR
UND ROLAND ENGLISCH

NÜRNBERG – Für die Mieter muss es ein Schock gewesen sein. In ihrem Wohnblock zogen in ein Appartement, das an zivile Angestellte der US-Armee aus Magdeburg und Jena vermietet war, plötzlich junge Leute ein, bei denen es sich erkennbar um Neonazis handelte.

Die hätten ab und zu randaliert und auch mehrfach Besuch von Gleichgesinnten bekommen, vor allem aus den neuen Bundesländern, berichtet ein Zeuge. Die Mieter hätten auch das Bundeskriminalamt und die Polizei informiert, doch die Beamten hätten die vermeintlichen Neonazis zwar angehört, aber nichts unternommen.

Schlimm genug, was der Mann schildert. Doch das alles spielte sich auch noch in Nürnberg im Bereich der Luisen- und Scharrerstraße ab – dort, wo am 9. Juni 2005 der türkischstämmige Ismail Yzar ermordet wurde, Inhaber eines beliebten Döner-Stands. Er war das letzte von drei Opfern in Bayern und insgesamt zehn der Zwickauer Nazi-Terrorzelle. Erstmals wurden dabei die mutmaßlichen Täter gesehen, zwei Männer mit Fahrrädern, die sich nach dem Weg erkundigten – also wussten, wo sie ihr Opfer finden.

Ein weiteres Indiz für die engen Verflechtungen zwischen den Neonazis in Thüringen/Sachsen und Franken ist, dass unsere Zeitung mit als erste die Bekenner-DVD des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erhielt – per Boten, nicht per Post.

Herrmann verteidigt sich

So stellt sich die Frage, ob die Morde nicht hätten früher aufgeklärt werden können. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat das Landesamt für Verfassungsschutz gegen den Vorwurf verteidigt, es habe bei den Nazi-Morden auf Anfragen der „Soko Bosphorus“ falsch reagiert. Klaus Mähler hatte die Soko in Nürnberg als Stellvertreter geleitet. In der ZDF-Sendung „Frontal 21“ sagte Mähler, die Soko habe nach den drei Morden in Nürnberg auch in der rechtsextremen Szene ermittelt und die Verfassungsschützer um Hilfe gebeten.

Gezielt, so Mähler, hätten die Fahnder gefragt, „ob Erkenntnisse oder Hinweise auf solche Personen vorhanden sind“, deutschlandweit. Gekom-



Nimmt sein Ressort in Schutz: Innenminister Joachim Herrmann. Foto: Daut

men sei nichts. Hätten die Verfassungsschützer Informationen über die Zwickauer Rechtsextremisten weitergegeben, schwingt als Vorwurf mit, hätten die Morde womöglich schon sehr viel früher aufgeklärt werden können.

Innenminister Joachim Herrmann hält den Vorwurf freilich „nach derzeitigem Kenntnisstand“ für abwegig. „Ich kann das nicht nachvollziehen“, sagt der CSU-Politiker. „Der Auftrag war ein anderer.“ Eine Anfrage wie von Mähler skizziert, habe es nach Aktenlage nicht gegeben. Die Soko habe nur nach Rechtsextremisten aus dem Großraum Nürnberg gefragt.

Weil die Mordserie der Rechtsextremisten mit zwei Taten in Nürnberg begonnen hatte, seien die Fahnder davon ausgegangen, dass die Killer im Großraum leben. „Das war eine Fehleinschätzung“, sagt Herrmann, wenn auch eine verständliche. „Das waren so ungewöhnliche Tatorte“, sagt er, dass dieser Verdacht nahegelegen habe. Die These sieht er im Kern bis heute nicht widerlegt. Die Ortskenntnisse der Mörder legten nahe, dass sie Unterstützer in Nürnberg hatten.

Dabei waren die Fahnder nahe dran gewesen. Ein Profiler hatte die Morde analysiert. Die Ermittler forderten eine Liste an mit den Namen aller Neonazis, Rechtsextremisten, NPD-Mitglieder und Skinheads aus der Region. Hunderte von Namen seien das gewesen, sagt Herrmann, die das Landesamt nach Nürnberg übermittelt hatte. Nur die der wahren Täter fehlten zwangsläufig.